

Drei bequeme Unwahrheiten

Die Angriffe der „Klima-Skeptiker“ erfordern fächerübergreifende Solidarität

Die Hassmails sind das Geringste. Als Betrüger und Lügner werden Klimawissenschaftler tagtäglich beschimpft; jedenfalls die unter ihnen, die in den Medien sichtbar sind. Schon gravierender sind manche Drohungen: Bei einem Vortrag in Australien reckte mir jemand eine Henkersschlinge entgegen, und Forscherkollegen an der Universität Canberra wurden vor Kurzem in sogenannte sichere Büros umgesiedelt. Vollends bizarr aber ist, wie in der öffentlichen Debatte über die Erderwärmung so genannten Klimaskeptikern Raum gegeben wird. Dabei werden etwa die Ansichten von Kohle-Lobbyisten oder von eifrig-eifernden Pensionären, die in ihrem Berufsleben möglicherweise tüchtige Ingenieure waren, gerne mit den nach den Regeln des Wissenschaftssystems gewonnenen Erkenntnissen auf eine Stufe gestellt.

Um drei bequeme Unwahrheiten geht es dabei. Die erste: „Es gibt keine vom Menschen verursachte globale Erwärmung“.

Dabei ist gerade in diesem Fall das System Wissenschaft so einzig wie sonst selten. Von 13.950 zwischen 1991 und 2012 veröffentlichten Studien, deren Erkenntnisse im bewährten Verfahren der peer review – der Begutachtung durch andere und durchaus konkurrierende Forscher – gehärtet wurden, sehen nur 24 keinen anthropogenen Treibhauseffekt. Damit stehen 99,87 Prozent 0,17 Prozent gegenüber; eindeutiger kann freie Forschung nicht sein.

Die zweite bequeme Unwahrheit: „Es mag den Klimawandel geben, aber er ist unschädlich, wenn nicht sogar nutzbringend“.

Die Wissenschaft jedoch zeigt klar auf, wie drastisch die negativen Auswirkungen ausfallen dürften – auch wenn ihr genaues Ausmaß, der Zeitpunkt ihres Eintretens, die regionale Verteilung weiter Gegenstand intensiver Forschung sind. Die Zunahme von Wetterextremen, der Anstieg des Meeresspiegels, Veränderungen des etwa für arme Reisbauern in Indien lebenswichtigen Monsuns et cetera sind gut belegte Projektionen. Die Weltbank hat erst kürzlich einen Bericht des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zu einer vier Grad wärmeren Welt auf die globale politische Tagesordnung gesetzt. Es ist ein Gebot der Vorsorge, jetzt zu handeln, trotz fortbestehender Unsicherheiten.



Die dritte bequeme Unwahrheit: „Es gibt gefährlichen Klimawandel, aber der Kampf dagegen ist längst verloren“.

Aus der Sicht des Physikers ist es jedoch sehr wohl weiter möglich, durch die scharfe Minderung der Emissionen von Treibhausgasen umzusteuern. Nichts im Erdsystem steht dem entgegen. Auch die Ökonomen rechnen vor, dass es die Welt nur wenige Prozentpunkte Wirtschaftswachstum kosten würde, den fossil-nuklearen Entwicklungspfad zu verlassen – während die Kosten des Klimawandels erschreckend hoch ausfallen könnten. Nun sagen Skeptiker, der notwendige politische Wandel sei unrealistisch. Das allerdings hat mit Wissenschaft nichts zu tun. Und wer auf die wahrscheinlichen Folgen der ungebremsten Erwärmung schaut, kann solch bequeme Resignation nur zynisch finden.

Verblüffenderweise löst all dies keinen Aufschrei aus. Nicht in der Öffentlichkeit, wo so manche in Politik und Medien es „unterhaltsam“ finden, wenn die Erkenntnisse der Wissenschaft diffamiert werden. Auch nicht bei den Forschern anderer Fächer, obwohl von den Klimaskeptikern das System der Wissenschaft als solches angegriffen wird. Der US-Sozialwissenschaftler Benjamin Barber hat die Attacken auf die Klimaforschung als anti-aufklärerisch bezeichnet. Sie seien vom gleichen Geist getragen wie der Kampf von bibeltreuen Anhängern der Schöpfungslehre gegen die von Darwin entwickelte Wissenschaft von der Entstehung der Arten.

Deshalb ist der Konflikt um die Klimaforschung einer, der alle Geistesarbeiter angeht. Er wäre somit ein Präzedenzfall für fächerübergreifende Solidarität. ■

HANS JOACHIM SCHELLNHUBER

Hans Joachim Schellnhuber ist Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Professor für Theoretische Physik an der Universität Potsdam. Schellnhuber ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und langjähriges Mitglied des Weltklimarates (IPCC).